

# Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen



H4361

Rundbrief Nr. 2/17 des Bund für Soziale Verteidigung

## Think Peace: Globaler Frieden Goes Mainstream

Benno Malte Fuchs

Zivile Konfliktbearbeitung im internationalen Feld – wie kann diese Idee an Jugendliche und junge Erwachsene vermittelt werden? Wie kann erklärt werden, wie und weshalb das funktioniert und wie wichtig Zivile Konfliktbearbeitung ist, um aus der Spirale von Gewalt und Krieg herauszukommen? Das ist genau das, was sich der BSV in dem Projekt „Globaler Frieden Goes Mainstream“ vorgenommen hat.

Das Ende letzten Jahres begonnene neue Friedensbildungsprojekt des BSV ist in einer intensiven Phase der Erstellung neuer Materialien. Zusammen mit der Produktionsfirma „Pudelskern“ wird ein Kurzfilm erarbeitet, dessen Ziel es ist, Zivile Konfliktbearbeitung mithilfe eines Mediums zu visualisieren, auf das insbesondere junge Menschen viel zurückgreifen. Es geht darum, greifbar zu machen, dass es nur gewaltfrei möglich ist, konstruktiv Konflikte zu transformieren und die Folgen von Krieg und Gewalt zu bearbeiten. Zusätzlich wird es ein vierseitiges Comic und einen Flyer geben. Die Materialien sollen Anfang Mai erscheinen und werden dann der bildungspolitischen Arbeit, dem Unterricht oder dem nonformalen Lernen zur Verfügung stehen.

Gewaltfreie Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung funktionieren - im Gegensatz zu militärischen Ansätzen. Der BSV bietet Jugendgruppen hierzu Workshops, Vorträge und ein Planspiel an, in denen es darum geht, wie und weshalb sich Konflikte nur gewaltfrei bearbeiten lassen.

**Aber was verstehen wir eigentlich unter „Ziviler Konfliktbearbeitung“?**

Unter „zivil“ versteht der BSV gewaltfrei und nicht-militärisch. Das Ziel ist Konflikttransformation – ein Prozess, der die als berechtigt angesehenen Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt und zu einem nachhaltigen friedlichen Zusam-

menleben mit Gerechtigkeit führt. Zivile Konfliktbearbeitung meint in unserem Sinne also nicht, wie in der Mainstream-Sicherheitsforschung und der heutigen politischen Praxis, ein Konzept, das Seite an Seite mit militärischen Einsätzen Anwendung finden und dadurch für die Legitimation und Durchsetzung neokolonialistischer und westlicher Machtpolitik instrumentalisiert werden kann. Wir gehen davon aus, dass militärische Mittel nicht geeignet dafür sind, Konflikte zu bearbeiten oder Zivilist\*innen vor Gewalt zu schützen. Wir möchten echte Antworten auf Gewalt, Krieg und deren Ursachen geben!

### Konflikttransformation

Viele Konflikte werden nicht frühzeitig als solche erkannt. Anstatt die Konflikte zu lösen, wird die ganze Kraft der Konfliktparteien nur für Gewalt aufgewendet und nicht konstruktiv genutzt.

Bei einem Konflikt geht es immer um die Beziehung zwischen unterschiedlichen Parteien. Es besteht ein Widerspruch entweder in dem, was die Parteien machen, um ihre Ziele zu erreichen, oder in den Zielen selbst, die von den Parteien verfolgt werden. Ziele und Wege können legitim oder illegitim sein. Das lässt sich an den Grundbedürfnissen (Freiheit, Identität, Überleben und Wohlbefinden), den Menschenrechten oder Gesetzen festmachen.

Bei Konflikten geht es nicht nur um das Verhalten der einzelnen Konfliktparteien. Viele können nur den Rauch sehen und bezeichnen diesen als den Konflikt. Bei Konflikttransformation geht es darum, das Feuer zu sehen, also in der Tiefe die Wurzeln des Konflikts zu erkennen. Das bedeutet auch, mit Konfliktparteien zu reden, die wir überhaupt nicht leiden können. Erst wenn das passiert, können

**Fortsetzung auf Seite 2**



Die Tagung des BSV in Hannover zum Generationendialog in der Friedensbewegung sah spannende Diskussionen. Jörgen Johansen (Mitte) hielt den Einleitungsvortrag. Foto: CS



Das Frauenteam von Nonviolent Peaceforce in Juba, Südsudan. Foto: Outi Arajarvi



Das Team von Pudelskern und dem BSV-Bildungsprojekt bei der Entwicklung eines Kurzfilms zur Zivilen Konfliktbearbeitung. Foto: CS

## Diesmal

**„Globaler Frieden Goes Mainstream“  
Tagung zum Generationendialog  
Friedensethischer Prozess  
der Ev. Kirche in Baden  
Zivile Peacekeeper\*innen  
im Südsudan  
u.a.m.**

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir haben uns gefreut, wie viele Menschen über die Osterfeiertage auf die Straße gegangen sind, um gegen Krieg, Rüstung und Militär zu protestieren. Wir selbst waren auch dabei – z.B. in Heidelberg, Köln und mit einem Stand auf dem Ostermarsch in Hannover.

Wichtig ist, über den tagespolitischen Geschehnissen die eigenen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Bloßes Reagieren auf die jeweils jüngste Krise allein ist nicht genug. In diesem Sinne legen wir hier unseren Schwerpunkt auf Aktivitäten, die langfristig wirken wollen – zum Beispiel, indem sie junge Menschen dazu anregen, sich für Konflikttransformation oder gegen Hass im Internet einzusetzen.

Nicht für alles war in diesem Rundbrief Platz. So fehlt zum Beispiel ein Kommentar zum Referendum in der Türkei. Sein Ergebnis war zu erwarten, und auch die Vorwürfe der Manipulation. Unsere Freund\*innen in der Türkei sind eher überrascht, wie knapp das Referendum trotz all der Behinderungen der Gegner\*innen ausging. Zum erstem Mal gab es wieder große Proteste auf der Straße, und es scheint der Slogan zu entstehen: „Dies ist nicht das Ende, sondern der Anfang“.

Vor einem Jahr beklagten wir uns noch, dass der türkischen Politik in Deutschland keine Aufmerksamkeit geschenkt werde. Jetzt muss die Schreiberin dieser Zeilen ein Unwohlsein über die Art und Weise bekunden, wie deutsche Politik und manche Medien mit der Türkei umgehen. Was ist denn dagegen einzuwenden, dass Politiker\*innen ihre Bürger\*innen im Ausland ansprechen und zu überzeugen suchen? Und wie überheblich und fremdenfeindlich sind die Kommentare über jene, die in Deutschland leben und im Referendum mit „Ja“ gestimmt haben (BILD: „Demokratie genießen, aber einen Despoten wählen“)? Wahre Demokratie jedenfalls äußert sich nicht durch Hasserzüsse, sondern durch gelebte Toleranz und Zuhören!

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!

Christine Schweitzer für das Team



**Fortsetzung von Seite 1**

wir Lösungen finden, die nachhaltige Brücken in eine bessere Zukunft bauen. Eine Zukunft, in der es etwas Neues gibt, das die Situation derart verändert, dass alle haben, was sie wollen, plus noch mehr: eine reparierte Beziehung.

**Versöhnung**

Nach einem Krieg sind die Konfliktparteien traumatisiert und verletzt. Wenn nichts zur Heilung getan wird, ist es wahrscheinlich, dass Gewalt sich wiederholt. Um Lösungen nachhaltig zu realisieren, sind Versöhnungsprozesse notwendig. Dabei fragen sich alle Beteiligten, was falsch gelaufen ist, was anders hätte gemacht oder unterlassen werden sollen und welche Verantwortung sie selbst dafür hatten. Damit entsteht eine Grundlage für Veränderung.

**Gewaltprävention**

Gewalt und Krieg lassen sich immer leichter verhindern als beenden. Das heißt: Je fortgeschrittener Konflikte sind, desto schwieriger ist es, sie zu lösen. Am effektivsten sind präventive Ansätze, die Konflikte frühzeitig erkennen und bearbeiten. Trotzdem mangelt es oft an solch rechtzeitigem Handeln – aus Angst, Gleichgültigkeit, weil Eliten, die von Krieg und Gewalt profitieren, zu viel gesellschaftlichen Einfluss haben oder weil nicht genug in Prävention investiert wird. Frühzeitiges Handeln braucht genügend Ressourcen, um gut funktionieren zu können. Schwierig, wenn mehr Geld in Militär als in Zivile Konfliktbearbeitung gesteckt wird.

**Ziviles Peacekeeping**

Ziviles Peacekeeping ist der Schutz von Menschen durch unbewaffnete zivile Friedensfachkräfte vor Gewalt. Friedensfachkräfte arbeiten lokal in Konfliktgebieten und wenden vielfältige Instrumente an, um Gewalt zu verhindern. Bei Zivilem Peacekeeping geht es vor allem um Vertrauensaufbau zwischen den Konfliktparteien, Verhinderung von

Gewalt durch schützende Präsenz und Begleitung, „Empowerment“, also eine Stärkung der betroffenen Menschen, und Monitoring von Friedensverträgen und Waffenstillständen.

**Aufarbeitung der Vergangenheit: Transitional Justice**

Bei Transitional Justice oder auf Deutsch wörtlich: „Übergangsgerechtigkeit“ geht es um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Nach schweren Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord, dem Nebeneffekt von vielen Kriegen, müssen vergangene Verbrechen aufgearbeitet werden. Das ist ganz zentral, um neuen politischen Systemen Stabilität zu geben. Wenn nicht mit dem gearbeitet wird, was uns traumatisiert hat, können wir auch nichts Neues aufbauen, das nachhaltig funktionieren kann.

**Zivilgesellschaft stärken**

Die Rolle der lokalen Bevölkerung für die Bearbeitung von Konflikten wird häufig sehr unterschätzt. Der Fokus liegt meist auf dem, was Regierungen tun oder unterlassen, um Konflikte zu bearbeiten. Dabei wird übersehen, dass es in einem Konfliktland praktisch immer Kräfte gibt, die Krieg und Gewalt verhindern und die Konflikte konstruktiv bearbeiten wollen. Diese Kräfte sind oftmals „normale“ Bürger\*innen und ihre Organisationen. Sie sind es, die mit dem Fachbegriff der „Zivilgesellschaft“ gemeint sind. Sie zu unterstützen und zu stärken, ist ein gutes Mittel der Zivilen Konfliktbearbeitung.

**Gewaltfreiheit und ziviler Widerstand**

Wo Grundbedürfnisse oder Menschenrechte verletzt werden, ist Widerstand legitim. Aber nicht mit allen Mitteln und um jeden Preis, denn Gewalt führt nur zu noch mehr Gegengewalt und Verletzungen der Grundbedürfnisse. Gewaltfreier Widerstand, wie er in unzähligen Konflikten immer wieder praktiziert wurde, hat sich hingegen als höchst erfolgreich erwiesen. Das ist unter anderem dadurch

**Fortsetzung auf Seite 3**

**Von Ungestüm bis Unruhestand**

**Tagungsbericht: Friedensengagement gestern, heute, morgen**

Alessandra Moretti

**Am letzten Märzwochenende fand unsere Tagung zum Thema „Generatiodialog in der Friedensbewegung“ im Naturfreundehaus in Hannover statt. Ungefähr 50 Teilnehmer\*innen waren gekommen, darunter auch eine Reihe jüngerer Besucher\*innen, was uns als Veranstalter\*innen besonders freute. Bei der Tagung ging es um die Begegnung und den Austausch von Erfahrungen aus den Friedensbewegungen verschiedener Jahrzehnte und zwischen unterschiedlichen Generationen.**

Jeder Vortrag oder Workshop lieferte Stoff für anregende Diskussionen. Der von Jörgen Johansen, einem bekannten schwedischen Friedensforscher und -aktivisten, gehaltene einleitende Vortrag behandelte die Notwendigkeit von „Multilog“ zwischen Generationen, damit man sich gegenseitig inspiriere und von den Erfolgsgeschichten und auch von den Fehlern, vom Scheitern, lernen könne. In der anschließenden Diskussion provozierte Jörgen Johansen die Zuhörer\*innen, als er sie aufforderte, die Aktivitäten auch von Gandhi nicht unkritisch zu begreifen. Gandhi sei letztlich daran gescheitert, seine Vorstellungen in Indien umzusetzen; trotzdem bleibe er ein Vorbild für gewaltfreie Aktion. Jörgen Johansen

**Fortsetzung von Seite 2**

begründet, dass mehr Menschen in den Prozess der Veränderung einbezogen werden können und Probleme nachhaltig gelöst werden. Diese Lösungen lassen sich dann in ähnlichen Fällen auch anwenden, und die neu erlernten Werkzeuge und die erworbene Konfliktkompetenz helfen den Konfliktparteien u.U. zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ein anderer Konflikt auftritt, schneller und einfacher zu Lösungen zu finden.

Benno Malte Fuchs ist Bildungsreferent beim BSV. Er kann erreicht werden per Mail unter fuchs[at]sozialeverteidigung.de oder per Telefon unter 0571 29456. Das Projekt wird gefördert von Brot für die Welt - EED und Engagement Global (BMZ).

verbreitete eine optimistische Stimmung und weckte positive Erwartungen für die weiteren Vorträge und Workshops an den folgenden Tagen.

Weitere motivierende Meinungsaustausche gab es in den zehn Dialoggruppen des folgenden Tages.

Zum Beispiel war die Frage: „Wie kann man die Medien und soziale Netzwerke zugunsten von Friedensbildung, Gewaltfreier Aktion und Friedensbewegung benutzen?“ ein Thema für die Arbeitsgruppen „Gewaltfreiheit und gewaltfreie Aktion“ mit Berthold Keunecke und „Aktions- und Kommunikationsformen“ mit Benno Malte Fuchs. Obwohl die meisten Teilnehmer\*innen sich bezüglich der Wichtigkeit der Nutzung sozialer Medien einig waren, sowohl weil die Informationen das Publikum in der ganzen Welt schnell erreichen als auch weil dadurch junge Menschen einfacher einbezogen werden, gab es auch diejenigen, die die sozialen Medien negativer beurteilten. Sie würden wenig für Politik und Friedensaktivitäten leisten, weil es an direktem Kontakt mangle und weil es leicht zu Missverständnissen kommen könne.

Am Sonntagmorgen ging es abschließend um die „Lahme Friedensbewegung“ mit einem provozierenden Plenumsinput von zwei Aktivist\*innen des Jugendaktionsnetzwerks Junepa, Janosh Schnee und Clara Tempel. Sie erfüllten den Anspruch des Titels, indem sie zunächst die Teilnehmer\*innen nach Stichworten zum „Bild der Friedensbewegung“ (die widersprüchlichen Stichworte: heterogen, eingeeigelt, engagiert, fantasielos) und zur „jungen Generation“ (Stichworte: digital natives, orientierungslos, im Jetzt lebend, kreativ u.a.m.) befragten. Anschließend zeig-



Auf die Tische wurde nur am Samstag-Abend beim Theaterspiel gestiegen. Foto: CS

ten sie Beispiele von ihren Aktivitäten in Junepa und beschäftigten sich mit der Friedensbewegung. Dabei kamen sie u.a. auf deren Heterogenität, das Problem mangelnder Abgrenzung von den von rechts beeinflussten sogenannten Mahnwachen und die Notwendigkeit moderner Organisations- und Kommunikationsformen zu sprechen. Die Aktivist\*innen von Junepa hoben die Problematik der Entstehung und Verbreitung von Verschwörungstheorien in den letzten Jahren hervor. Eine Ursache für das Auftauchen dieser Theorien sei das Bedürfnis von Menschen, die Wahrheit zu vereinfachen. Dies führte zu einer angeregten Debatte, ob bestimmte Thesen (etwa zu 9/11) Verschwörungstheorien seien, die in verzerter Weise Weltanschauungen reflektieren, oder ob es sich bei ihnen um Fakten handele, die den amerikanischen Imperialismus anklagten und deshalb als Verschwörungstheorien abgewertet würden.

Vor dem Ende der Tagung wurden dann Feedbacks über den Ablauf, die Themen und Inhalte der Workshops und Vorträge gegeben, die alle einen hohen Grad an Zufriedenheit ausdrückten.

Alessandra Moretti war vom Februar bis März 2017 Praktikantin beim BSV. Sie kommt ursprünglich aus Rom, wohnt aber in Berlin und studiert Osteuropastudien mit Schwerpunkt Soziologie an der Freien Universität.

## Bundestagswahl 2017

### Friedenspolitik ist (über-)lebenswichtig!

Christine Schweitzer

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbands behauptete Ende Januar 2017, dass die Debattenskultur zu Fragen der Sicherheitspolitik "definitiv mangelhaft [sei]. Es ist kein Wille vorhanden, darüber in größerem Rahmen zu diskutieren. Da ist Politik zu feige."<sup>1</sup> Der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 24. September 2017 eröffnet die Chance, zu beweisen, dass dies nicht so ist.

Zu diskutieren und zu kritisieren gibt es viel: Die Bundeswehr ist weltweit im Einsatz – derzeit in 16 Einsätzen mit über 3.250 Soldat\*innen, darunter in Afghanistan, Mali und im Anti-IS Einsatz in Nahost. Der weltweite Waffenhandel nimmt weiter zu. Kampftruppen der NATO wurden an die Grenze zu Russland verlegt. In Fernost zeichnet sich die Gefahr eines großen Krieges ab. Die meisten Atommächte und ihre Alliierten, so auch Deutschland, beteiligen sich nicht an den Verhandlungen über die Ächtung der Atomwaffen, die am 27. März 2017 bei den Vereinten Nationen begannen. Deutschland least bewaffnete Drohnen und will mit anderen EU-Partnern zusammen eine eigene bauen. Die NATO will, dass ihre Mitglieder die Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Das wären in Deutschland 20-25 Milliarden Euro mehr, als bislang ausgegeben werden.

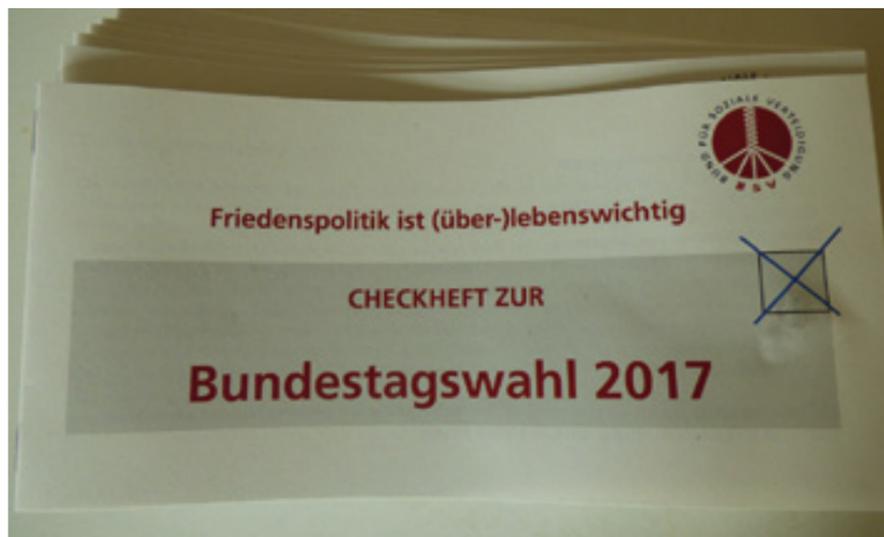
Und obwohl die Regierung versichert, „zivile Krisenprävention“ zu betreiben, sprechen die Zahlen eine andere Sprache: Wohlwollend geschätzt rund 3,47 Milliarden Euro für Zivile Konfliktbearbeitung stehen schon jetzt 37 Milliarden für das Militär gegenüber.<sup>2</sup> Um genügend Nachwuchs für die Bundeswehr zu werben und die Akzeptanz für alles Militärische zu erhöhen, gehen Jugendoffizier\*innen in die Schulen und halten dort Unterricht ab. Bundeswehr-Werbeplakate sind beinahe allgegenwärtig.

Zeigen wir den Parteien, dass uns Friedens- und Sicherheitspolitik wichtig sind! Abgeordnete müssen hören und sehen, dass es ihre Wähler\*innen nicht gleichgültig lässt, wie sie sich zu Krieg oder Frieden verhalten! Der Bundestagswahlkampf gibt uns dazu Gelegenheit – wie auch die Aktionen der Bewegung in diesem Jahr, z.B. in Büchel oder gegen den G20-Gipfel in Hamburg.

<sup>1</sup> [www.tagesschau.de/ausland/sicherheitspolitik-bundesregierung-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/sicherheitspolitik-bundesregierung-101.html)

<sup>2</sup> Der BSV hat zu den Ausgaben ein Infoblatt zusammengestellt, das bei uns bestellt werden kann: [www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/zivile-konfliktbearbeitung-wie-viel-wird-wofuer-ausgegeben/](http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/zivile-konfliktbearbeitung-wie-viel-wird-wofuer-ausgegeben/)

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim BSV.



Diese Heftchen können in unserer Geschäftsstelle bezogen werden.

## Ziviles Peacekeeping in Südsudan

### Die Menschen leben zwischen Krieg, Hunger und Verfolgung

Outi Arajärvi



Ein Flüchtlingslager im Südsudan.

Foto: Outi Arajärvi

Als Kinder spielten wir gerne Räuber und Gendarm, dabei wurde bei einem Überraschungsangriff immer gedroht: „Geld oder Leben!“ Die forsche und wagemutige Antwort hieß dann: „Geld habe ich keins und um mein Leben steht es eh schlecht.“ Vor dieser Alternative stehen die meisten Menschen im Südsudan im realen Leben und ihre Antwort könnte so ähnlich ausfallen. Sogar die internationale Hilfsgemeinschaft ist in einer vergleichbaren Situation: Sie hat immer weniger Geld, um den Menschen zu helfen, und schlägt jetzt Alarm.

Als ich Anfang Februar 2017 Nonviolent Peaceforce (NP) im Südsudan besuchte, gab es noch keine Überschriften in internationalen Medien. Vor Ort konnte ich in den Lageberichten des Welternährungsfonds über eine drohende Hungersnot lesen, hörte es von Vertreter\*innen der Hilfsorganisationen und nicht zuletzt beschwerten sich die Menschen, mit denen ich sprach, bitterlich, dass ihre Kinder nicht genug zu essen hätten. Doch kaum wieder zu Hause, konnte ich jeden Tag über die katastrophale Lage dort lesen. Erst wenn Menschen schon verhungern, wird der Blick der Öffentlichkeit auf das Leiden gerichtet.

Alle Analyst\*innen und Expert\*innen sagen, dass die Hungersnot im Südsudan menschengemacht ist. Schuld ist der brutale Bürgerkrieg, die Vertreibung und Flucht von immer mehr Menschen. Der Krieg weitet sich aus, immer neue Rebellengruppen oder Fraktionen der früheren Oppositionsarmee öffnen

neue Fronten und kümmern sich dabei nicht um die Zivilbevölkerung, wenn es nicht gerade ihr Clan oder Ethnie ist und es ihnen nützt. Das letzte Friedensabkommen vom August 2015 ist nie umgesetzt worden, im Juli 2016 flammte der bewaffnete Konflikt mitten in der Hauptstadt mit vielen Toten auf. Und jetzt wird an vielen Orten noch erbitterter gekämpft.

Mitten in diesem Land voller Krisen arbeitet NP mit ca. 150 Mitarbeiter\*innen an zehn Standorten mit den Methoden des Zivilen Peacekeepings. Ich besuchte drei: Juba, Bentiu und Rumbek.

Bentiu, die Hauptstadt des Bundesstaates Unity, ist vor kurzem Kriegsgebiet gewesen, sie wurde vollständig zerstört und die Bevölkerung suchte Schutz in einer UN-Schutzzone. Jetzt wohnen dort ca. 130.000 Menschen, die im Moment nicht zurückkehren können. NP arbeitet dort mit Community-Mitgliedern und mit Frauengruppen und begleitet Frauen beim Holzsammeln außerhalb des Camps. Auch gewaltbereite Jugendliche konnten erreicht werden, damit sie nicht die Campbewohner\*innen bestehlen und bedrohen. Die Kriminalitätsrate im Camp ist seitdem deutlich reduziert. Zusätzlich hatte NP ein Kinderschutzprogramm, in dem von den Eltern während der Flucht separierte Kinder wieder zusammengeführt werden konnten. Allerdings musste diese Arbeit zumindest vorübergehend eingestellt werden, weil UNICEF Südsudan keine weiteren Mittel dafür bereitstellen konnte.

In Rumbek herrscht eher eine Nachkriegssituation, es gibt keine Kämpfe, aber sehr viele Waffen und viel Kriminalität. Eine aggressive Grundstimmung mit der Mentalität, dass alle Konflikte mit Gewalt gelöst werden können, sorgt für sehr viele Tote. Zahlreiche verschiedene Clans bekämpfen sich und ein Toter auf der einen Seite kann zu Rachefeldzügen auf der anderen Seite führen. Außerdem gibt es viel sexuelle Gewalt gegen Frauen. Auch hier arbeitet NP mit der Community und mit Frauengruppen zusammen. Sie patrouillieren an den Gefahrenpunkten und geben Trainings, um die Bevölkerung zu sensibilisieren, gegen Gewalt aktiv zu werden. Ich nahm teil an einem „Gefahren-Mapping“ des „Women Peacekeeping Teams“. Besonders gefährliche Straßen oder Märkte wurden zusammengetragen und für bestimmte Zeiten Präsenz an diesen Orten vereinbart.

Es sind kleine Erfolge mitten in der Krise, die von vielen Seiten honoriert werden, aber mit mehr Personal könnte NP sehr viel mehr an der Seite der lokalen Partner\*innen leisten.

Der Frieden in Südsudan hat nur eine Chance, wenn es gelingt, die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bekommen, und die lokalen Kriegsherren davon überzeugt werden können, dass sie mehr Vorteile vom Frieden als vom Krieg haben. Es sollten auch keine Waffen mehr an Südsudan geliefert werden.

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV und war bis Ende 2016 Vorstandsmitglied bei Nonviolent Peaceforce.

Stephan Brües

Theodor Ziegler, einer der Mitgründer des BSV, ist einer der Initiator\*innen des sogenannten friedensethischen Prozesses in der Badischen Landeskirche, der auch in den Kirchengemeinden und Bezirkssynoden diskutiert wird.

Dabei geht es um eine Abkehr von der in der Friedensdenkschrift der EKD vertretenen Ansicht, dass der „Einsatz militärischer Gewalt unter bestimmten Bedingungen legitimiert“ sein könne. Der Gegenentwurf, der „gerechte Frieden“ - entstanden im Umfeld des Ökumenischen Rats der Kirchen, verpflichtete die Christ\*innen dazu, „jede theologische oder andere Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Gewalt in Frage zu stellen und die Berufung auf das Konzept eines ‚gerechten Krieges‘ und dessen übliche Anwendung als obsolet zu erachten“.<sup>1</sup>

Im Herbst 2013 hat die Synode Konkrete beschlossene, wie der Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens aussehen sollte: Dazu gehören u.a., aktiv gewaltfreie Alternativen zu militärischen Konfliktlösungen in die Öffentlichkeit zu bringen, Patenschaften für Mitarbeiter\*innen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) zu übernehmen, Vorträge von ZFD-Mitarbeiter\*innen („Zivil statt militärisch“) zu organisieren und die bestehenden Projekte „Jugendliche werden Friedensstifter“ und „Freiwilliger ökumenischer Friedensdienst“ weiterzuführen. Zur Information über Alternativen und Zivilen Friedensdienst wurde als pädagogischer Mitarbeiter Jürgen Menzel eingestellt.

Weiterhin verpflichtet sich die Badische Landeskirche angesichts der ökonomischen Ungerechtigkeit, eine öko-faire Beschaffung ein- und ihre Klimaschutzpolitik fortzuführen. Sie befasst sich mit Rüstungshandel und -konversion und stellte diesbezüglich mit Kiflemariam Gebrewold einen der kompetentesten Experten ein. Auch wurde die Badische Landeskirche Mitglied bei „Aktion Aufschrei“. Unter der Überschrift „Frieden lernen“ wird das Thema Gewaltfreies

Handeln in allen Bereichen kirchlicher Aktivitäten - von den Kindergärten bis zur Erwachsenenbildung - eingefordert.

Darüber hinaus sind im letzten Jahr zwei konkrete Aktivitäten zu nennen, an denen der BSV indirekt beteiligt war. Zum einen der Forschungsauftrag an die FEST zum „Just Policing“<sup>2</sup> und zum anderen die Einrichtung einer AG, die ein Szenario zu einem Ausstieg aus der militärischen Sicherheitslogik vorlegen soll.

Die 150 Seiten starke Studie zum „Just Policing“ untersuchte die (wenig erfolgreiche) Rolle militärischer und polizeilicher Interventionen in Afghanistan und enthält auch einen Abschnitt zu gewaltfreien Alternativen, wobei u.a. Christine Schweitzer und Outi Arajärvi befragt wurden. Sie wurde auf einer Tagung Mitte Januar 2017 in Rastatt vorgestellt und kommt zu dem Schluss, dass Just Policing das Potenzial habe, die ultima ratio des Militäreinsatzes zu verschieben und die präventive Arbeit zu stärken. Zugleich setzt sie jedoch einen reformierten UN-Sicherheitsrat, eine klare Legitimation für UN-Polizeikräfte und das Vorhandensein einer Stand-by-Polizeitruppe mit ausreichenden Ressourcen voraus, um präventiv, aber ggf. auch reaktiv in Konfliktregionen eingreifen zu können. Christine Schweitzer kommentierte, dass „Just Policing“ leicht nur ein anderes Wort für Militär werden könnte und plädierte für eine Studie über Soziale Verteidigung und unbewaffnetes ziviles Peace-keeping.

Die AG „Eine andere Sicherheitspolitik“, an der

auch Stephan Brües mitwirkt, wird der Synode bis Frühjahr 2018 ein Szenarium mit dem Titel „Eine andere Sicherheitspolitik – Deutschlands Beitrag zu einer internationalen Friedensordnung“ vorlegen. Ziel ist, die Möglichkeiten gewaltfreier Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft aufzuzeigen und Wege eines mittelfristigen Umstiegs von der militärischen zu einer gewaltfreien Friedenssicherung zu entwerfen. Im Frühjahr 2017 sollen die Entwürfe mit Expert\*innen diskutiert werden. Auch auf dem Kirchentag in Magdeburg werden sie vorgestellt.

Fazit: Die Badische Landeskirche hat erste glaubwürdige Schritte zu einer Kirche des gerechten Friedens eingeleitet. Was noch ein wenig fehlt, ist die Verankerung in den Kirchengemeinden, also der Basis.

<sup>1</sup> Konrad Raiser & Ulrich Schmitthenner, Hrsg., Gerechter Frieden, Münster 2012, S. 11

<sup>2</sup> Im Kern geht es darum, dass Menschen durch ein „gerechtes Polizeihandeln“ geschützt werden und dass damit ein Beitrag zum Friedenshandeln geleistet wird. Das Ziel dieses Polizeihandelns ist die Deeskalation und auch das frühzeitige Wahrnehmen von Problemen.

Stephan Brües ist Co-Vorsitzender des BSV und arbeitet an dem friedensethischen Prozess mit.



Rüstungsexporte sind ein wichtiges Thema für die Kirchen. Hier ein Protest im Frühjahr 2016 in Hamburg. Foto: CS

Lisa Jahr

Was gerade in den USA unter Donald Trump geschieht, hat Einfluss auf die ganze Welt. Doch statt den ständigen Eskapaden des Präsidenten zu viel Aufmerksamkeit zu widmen, soll ein prüfender Blick auf den Widerstand gegen ihn gerichtet werden.

Stimmen gegen Trump gibt es mindestens, seit dieser seine Präsidentschaftskandidatur publik machte. Sein Wahlkampf war begleitet von Protesten gegen ihn und auch als Präsident vergeht kein Tag, an dem sich keine verärgerten Menschen zu Kundgebungen zusammenfinden, um seine Politik, seine Aussagen und seine Entscheidungen zu kritisieren.

Wieso ist Widerstand so wichtig? Demokratien sprechen sich dafür aus, die Menschenrechte zu wahren, eines davon ist das Recht zu Protesten. Der Philosoph Karl Popper glaubte, dass der große Vorteil der Demokratie nicht darin bestehe, die Wahl der besten Staatslenker\*innen zu garantieren, sondern, dass im Voraus ein klares Datum existiere, an dem man sie wieder los wird.

Müssen also vier Jahre vergehen – ein Warten auf die nächste Präsidentschaftswahl -, während viele Trump am liebsten sofort wieder aus dem Amt hätten? Sehr optimistisch gedacht könnte man vielleicht einfach darauf hoffen, dass Trumps persönliche Interessen mit denen in seiner Funktion als Präsident kollidieren und dass das für ein Amtsenthebungsverfahren ausreicht. Selbst die glühendsten Unterstützer\*innen Trumps müssten dann feststellen, dass er nur den Reichtum der ohnehin schon Reichen vermehre und dass das Land aufgrund seiner Maßnahmen gegen Freihandel und Freizügigkeit der Menschen verarme. Diese Idee ist allerdings weder realistisch noch hilfreich. Sich einfach zurückzulehnen und abzuwarten kann keine Lösung sein.

Donald Trump und seine populistischen Aggressionen sind nicht nur

ein Problem der Vereinigten Staaten. Ob Duterte, Erdogan, Orban oder Wilders: Demokratien stehen am Scheideweg, der Populismus scheint auf dem Siegeszug. Was kann dagegen getan werden, wie kann man vorgehen?



Anti-Trump-Demo in New York. Foto: <https://www.democracynow.org/>

Die Pressefreiheit, auch online, hilft Geschehnisse, wie etwa Machtmissbrauch oder Korruption, aufzudecken. Das reicht allerdings nicht aus, wie Trump beweist. Er nutzt die Medien auf seine Weise: Die mediale Berichterstattung über seine Verfehlungen bezeichnet er als „Schikane“, spricht davon, „alternative Fakten“ zu liefern. Es scheint, als versuche Trump die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft ins Abseits zu schieben. Ein endloses Verwirrspiel, bis die Menschen von der eigenen Irrelevanz überzeugt sind, die Trump sich bemüht, ihnen einzureden.

Deshalb braucht es Formen des Widerstands, die zeigen, dass die Bevölkerung das nicht stillschweigend akzeptiert: Wie die Bürgerrechtsbewegung in den USA in den 1960ern. Wie seinerzeit in Indien mit gewaltfreien Sitzstreiks unter Mahatma Gandhi gegen die britische Kolonisierung. Widerstand ist ein Motor der Gesellschaft, um Unmut auszudrücken. Widerstand kann zu Veränderungen führen, etwas Positives bewirken. Widerstand ist auch ein Ausdruck von Demokratie. Möglichkeiten zu protestieren gibt es viele, allerdings hat sich gezeigt, dass Gewaltfreiheit langfristig am effektivsten ist.

Gerade die USA haben ein großes Repertoire an Erfolgsgeschichten, was gewaltfreien Widerstand angeht. Die Unabhängigkeitserklärung der amerikanischen Kolonien beruht darauf, im 20. Jahrhundert wurde das Wahl-

recht für Frauen erreicht und auch die Stärkung der Schwarzen Bevölkerung nach der Jim-Crow-Ära wurde durch strategischen gewaltfreien Widerstand erreicht.

Gewaltfreier Widerstand der Zivilgesellschaft hat die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeiter\*innenschaft erweitert, Dutzende von Kernkraftwerken geschlossen, Klimareformen auf die politische Agenda gebracht und den Fokus auf den herrschenden systemischen Rassismus gelegt.

Protestierenden mögen gewaltsame Aktionen kurzfristig sinnvoll erscheinen: In einer Weise scheint diese Form des Protests „lauter“ - Gewalt wird nicht so schnell übersehen oder ignoriert. Aber es wird auch eine Gegengewalt provoziert, Behörden und Machthaber werden auf den Plan gerufen. Die eigentliche Sache rückt in den Hintergrund, es geht letztlich mehr um die „Randalierer\*innen“ als um das, was sie erreichen wollen. Gewaltfreiheit ist daher effektiver – vor allem im Hinblick auf langfristige Ziele wie Gerechtigkeit, Frieden und eine starke Zivilgesellschaft.

Weiterführendes:  
<http://www.commondreams.org/tag/trump-resistance>  
<http://www.unitedforpeace.org/>  
<https://www.warresisters.org/>

Lisa Jahr absolvierte in der Zeit von Februar bis April ein Praktikum beim BSV.

## Wir erobern uns das Internet zurück Mit LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz

Björn Kunter

Das Internet sollte die Kommunikation revolutionieren und vor allem demokratisieren, doch die Euphorie ist gewichen. Massiv wie noch nie wurden im letzten Jahr Menschen, die sich im Internet engagieren, beschimpft, beleidigt und erniedrigt. Es geht darum, ungewollte Meinungen und Menschen aus dem Netz zu verbannen: Täter\*innen suchen und finden Selbstbestätigung. Opfer werden fertiggemacht und zu viele verstummen. Zuschauer\*innen schrecken ebenfalls vor der Gewalt zurück oder übernehmen sogar den scheinbaren „Volkswillen“.

Aber in den Neunziger- und Zweitausenderjahren ist es uns als Zivilgesellschaft bereits zweimal gelungen, rechtsradikale Hassbewegungen aus der Öffentlichkeit zu verbannen, indem hunderttausende Menschen Zivilcourage trainierten und den öffentlichen Raum gemeinsam zurückeroberten. Auch heute gibt es wieder zigtausende Menschen, die sich gegen Hass und Erniedrigung wehren und das Internet als Raum der freien Rede verteidigen wollen. Der BSV hat damals eine wichtige Rolle gespielt, um Zivilcourage-Trainings zu verbreiten. Heute wollen wir es noch einmal tun: Wir erobern uns das Netz zurück.

Zur Umsetzung des Zivilcourage-Kon-

zepts im Netz passen wir die bewährten Konzepte von Trainings, Telefonketten und Nachbarschaftsorganisation an. Wir entwickeln eine LOVE-Storm Internetplattform und verbinden dadurch:

- eine Bildungsplattform für Online-Trainings,
- ein Melde- und Alarmsystem, um Hassvorfälle schon in der Entstehung zu bekämpfen,
- eine Aktionsplattform, auf der kleine Teams ihre Arbeit koordinieren können,
- eine lebendige Community, in der sich Menschen langfristig engagieren, ihre Fähigkeiten ausbauen, auf sich aufpassen und sich gegenseitig unterstützen sowie neue Initiativen gegen den Hass entwickeln können.

Eine besondere Herausforderung war die Übertragung der teilweise mehrtägigen Zivilcouragetrainings auf kurz(weilige) webfähige Angebote. Im Kern steht ein einstündiges Online-Rollenspiel, in dem die Teilnehmenden in die Rollen von Hater, Opfer und Zuschauende/Intervenierende schlüpfen und unterschiedliche Strategien erproben und verbessern können. Hinzu kommen 10- bis 30-minütige individuelle Modulkurse („Was ist Hassrede“, „Rechtliche Beratung“, „Cybermobbing“, „Risiken und self-care“ etc.). Über ein Forum können sich die LOVE-Storm-Mitglieder zugleich untereinander austauschen, Ängste ansprechen, Fragen klären und Erfahrungen reflektieren.

Überhaupt stehen Austausch, Kennenlernen und die gegenseitige Hilfe der LOVE-Stormer\*innen untereinander im Vordergrund. Über Arbeitsgruppen (Training, Stress & Trauma, Rechtsberatung etc.), Umfragen und Initiativen können sie sich engagieren und die wei-

tere Entwicklung steuern. Vor allem aber erfolgen die Einsätze gegen Hasskommentare gemeinsam: Ein Melde- und Alarmsystem wirbt solange für akute Fälle, bis sich ein Team aus fünf LOVE-Stormer\*innen gefunden hat, die diesen dann gemeinsam über eine Aktionsplattform bearbeiten. Mit ihren Reaktionen auf Hasskommentaren:

- stärken und unterstützen sie die Opfer,
- setzen sie ein öffentliches Zeichen und animieren andere Zuschauende, dem Hass zu entgegnen und
- setzen sie den Täter\*innen Grenzen und bieten ihnen Dialoge an.

In einem anschließenden Debriefing werten sie die Aktion aus und können eventuelle weitere Schritte vereinbaren.

Dass alleine wird aber nicht ausreichen, das Internet zu retten. Um flächendeckend wirken zu können, öffnen wir unsere Trainings-, Aktions- und Community-Plattform für alle anderen Akteure, die die Verbreitung von Hass und Gewalt im Netz verhindern wollen. Trainer\*innen im Jugendschutz, Lehrer\*innen, Anbieter\*innen politischer Bildung und Aktionsgruppen ermöglichen wir die Einbindung unserer Trainingselemente in ihre Kursangebote. Medienhäuser und jugendrelevanten Websites und -diensten bieten wir spezifische Trainings- und Beratungsangebote an, damit ihre Nutzer\*innen sich ausbilden und organisieren, um Kommentare und Diskussionen ihrer Plattform vom Hass zu befreien.

Nach Abschluss der viermonatigen Planungsphase beantragen wir zurzeit die Mittel für ein dreijähriges Modellprojekt. Der Launch der Plattform ist für April 2018 geplant. Wer sich schon vorher an Probetrainings beteiligen oder auf dem Laufenden gehalten werden will, schreibe bitte eine Mail an [love-storm@soziale-verteidigung.de](mailto:love-storm@soziale-verteidigung.de)

Björn Kunter kam über Konflikttrainings in den neunziger Jahren zum BSV. Zurzeit beantragt er die Mittel für den Launch der Plattform zum April 2018.

### Spendenauf Ruf

Der Bund für Soziale Verteidigung finanziert einen Großteil seiner Arbeit über Spenden – die beiden Stellen unserer Büroleiterin und Geschäftsführerin, unsere Arbeit zu Zivilem Peacekeeping, zu Syrien und zur Türkei, um nur einige Bereiche zu nennen. Wir danken herzlich für die bisherige Unterstützung! Bitte unterstützen Sie den BSV auch weiterhin bei unseren vielfältigen Aktivitäten. Ohne Ihre / Eure Spenden ist unsere Arbeit nicht möglich. Besten Dank im Voraus!